

Wirtschaft befürchtet neue Bürokratie

Plan für Gesetz gegen Diskriminierung stößt auf Kritik

HANDELSBLATT, 1.12.2004
sig BERLIN. Die von der rot-grünen Bundesregierung geplanten Regeln zum Diskriminierungsverbot stoßen in der Wirtschaft auf heftigen Widerstand. „Der rot-grüne Gesetzentwurf geht über das hinaus, was die EU-Richtlinien von Deutschland fordern,“ sagte Jürgen Möllering, Leiter der Rechtsabteilung des DIHK, dem Handelsblatt. Dies bedeute für viele kleine und mittlere Unternehmer zusätzlichen Verwaltungsaufwand, der von der Regierung verkündete Bürokratieabbau entpuppe sich als leere Versprechung, sagte Möllering.

Das Gesetz soll die Umsetzung von drei EU-Richtlinien gewährleisten, die schon längst in das deutsche Recht hätten übernommen werden sollen. (Handelsblatt 30.11.2004). So soll es in Zukunft möglich sein, Firmen auf Schadenersatz zu verklagen, wenn sie Personen beispielsweise wegen ihres Alters oder Geschlechts benachteiligen. Die Vorgängerin von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD), Herta Däubler-Gmelin (SPD), war mit ih-

rem Vorhaben gescheitert, über die Vorgaben der EU hinaus umfassende Diskriminierungsverbote in das Zivilrecht einzufügen. Nach dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf soll dies der Fall sein. Die Diskriminierungsverbote sollen nicht nur im Arbeitsrecht, sondern auch bei den Massengeschäften, also bei Einkäufen im Supermarkt oder Restaurantbesuchen gelten. Diese Ausdehnung, so Möllering, bedeute für Unternehmen, dass sie ständig auf der Hut sein müssten, um nicht böswilligen „Spezialisten für Schadenersatz“ und ihren juristischen Beratern auf den Leim zu gehen.

Besondere Brisanz erhält das Thema dadurch, dass Zypries noch im Juni kritisiert hatte, das Gesetzesvorhaben auf die Geschäfte des täglichen Lebens auszuweiten, Zypries hatte damals gesagt: „Gelegentlich sollten wir uns an den Satz von Montesquieu erinnern, der gesagt hat: Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.“ Dies könne auch einen Beitrag dazu leisten, die Bürokratie in Grenzen zu halten.

Handelsblatt, 1.12.04, S. 5